



An den Grossen Rat

19.5102.02

PD/P195102

Basel, 31. März 2021

Regierungsratsbeschluss vom 30. März 2021

Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend «interkulturelle Sozialarbeit zur Prävention von Radikalisierung»

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 15. Mai 2019 den nachstehenden Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

«Die kulturelle Vielfalt in Kanton Basel-Stadt ist einerseits eine Bereicherung, anderseits bringt sie gesellschaftliche Herausforderungen mit sich, wie zum Beispiel Radikalisierungen in verschiedenste Richtungen. Radikalisierung, sei sie religiös, politisch oder anderweitig motiviert, ist ein Prozess: sie passiert nicht von heute auf morgen und auch nicht ohne unterschiedliche, manchmal komplexe Umstände. Jugendliche mit Radikalisierungs-potential sind unglücklich oder unzufrieden in ihrem Leben, sie haben oft wenig soziale Kontakte oder kein starkes soziales Umfeld; vielleicht haben sie auch einen gescheiterten Übergang von Schule zum Berufsleben erlebt, eine frustrierende, erfolglose Suche nach einem Ausbildungsplatz hinter sich oder Diskriminierungserfahrungen gemacht. Vielleicht bekamen sie das Gefühl, dass ihre Religion und Herkunft mit Vorurteilen betrachtet werden. Bei allen Jugendlichen, die in der Gesellschaft nicht angekommen sind, oder die das Gefühl bekommen, dass sie irgendwie nicht vollständig dazu gehören, gilt: kommen zu diesen Gefühlen psychologische Risikofaktoren und die entsprechenden Kontakte, können sie für eine Radikalisierung anfällig werden. Erfahrungen der Nachbarländer zeigen, dass insbesondere die Prävention auf lokaler Ebene aufgrund der jeweils vorhandenen Kenntnisse und Vernetzung der zuständigen Akteure effektiv einer Radikalisierung entgegenwirken kann. Niederschwellige Jugendarbeit bietet die Möglichkeit, alternative Gemeinschaftsangebote zu entwickeln und Handlungsperspektiven aufzuzeigen. Niederschwellige Jugendarbeit kann einen Rahmen bieten, um soziale Kompetenzen zu stärken und Selbstwirksamkeit zu erfahren. Sie kann insofern eine Rolle in der Präventionsarbeit spielen, indem sie Jugendliche gegen sie einnehmende und beeinflussende Ansprachen "immunisiert" beziehungsweise deren Angebote weniger attraktiv erscheinen lässt. Eine effektive Präventionsarbeit ist eine gesamtgesellschaftliche, langfristige Aufgabe, die darauf abzielen muss, Jugendliche vor allen möglichen Radikalisierungen zu schützen. Dafür braucht es starke Netzwerke von Eltern, lokalen Akteuren aus der Schule, Sozial-, Jugend- und Quartierarbeit sowie der Polizei, die einen direkten Zugang zu den kulturellen Communities haben.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Regierung zu prüfen und zu berichten, ob interkulturelle Sozialarbeitende, die bzgl. verschiedener Arten von Radikalisierung sensibilisiert sind und wenn möglich selber aus verschiedenen kulturellen Communities stammen, spezifisch in Quartieren mit sozialbenachteiligten Jugendlichen eingesetzt werden können. Diese Sozialarbeitenden sollen interkulturell und interreligiös kompetent mit den Jungen zusammenarbeiten können, die Beziehungen zu anderen Akteuren im Quartier pflegen (Imame, Lehrpersonen etc.), und mit den Jugendlichen Räume schaffen für kritisches Denken und kritisches Hinterfragen.

Edibe Gölgeli, Barbara Heer, Nicole Amacher, Sebastian Kölliker, Tim Cuénod, Jérôme Thiriet,

Beda Baumgartner, Ursula Metzger, Pascal Pfister, Sarah Wyss, Seyit Erdogan, Thomas Gander, Oliver Bolliger, Beatrice Messerli, Georg Mattmüller»

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

Der Anzug adressiert die Problematik der politischen und religiös begründeten Radikalisierung von Jugendlichen in Basel. Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen, ob interkulturelle Sozialarbeiterende, die bezüglich verschiedener Arten von Radikalisierung sensibilisiert sind und wenn möglich selber aus verschiedenen kulturellen Communities stammen, in Quartieren mit sozial benachteiligten Jugendlichen eingesetzt werden könnten. Ziel des Anzugs ist es, dass diese Sozialarbeiterenden aufgrund ihrer interkulturellen und interreligiösen Fachkompetenzen zielgruppengerecht mit Jugendlichen und Akteuren aus dem Quartier zusammenarbeiten und für Jugendliche Räume schaffen, in denen kritisches Denken und Hinterfragen gefördert wird.

1. Radikalisierungsprävention im Kanton Basel-Stadt

Radikalisierung ist ein komplexer Prozess, der unterschiedliche Ursachen und Ausprägungen hat und unterschiedlichen Dynamiken unterliegt. Dieser Prozess läuft sehr individuell ab, vergleichbare Rahmenbedingungen führen nicht automatisch zu vergleichbaren Einstellungen und Handlungen. Daher gibt es auch keine allgemeingültige Erklärung für die Radikalisierung von Individuen, sondern nur die Identifizierung von Risikofaktoren, die eine Radikalisierung begünstigen können. Die Anzugstellenden erwähnen als Risikofaktoren die Unzufriedenheit mit der eigenen Situation, das Fehlen sozialer Kontakte und eines starken sozialen Umfelds, der gescheiterte Übergang ins Berufsleben und gemachte Diskriminierungserfahrungen aufgrund von Herkunft, Hautfarbe oder Religion. Ergänzend soll hier erwähnt werden, dass auch das Erleben unterschiedlicher und mitunter widersprüchlicher Erwartungen zu grossen Spannungen und Überforderung bei der Identitätsentwicklung führen kann. Wenn der soziokulturelle Hintergrund der Familie patriarchal geprägt und Angst vor Kulturverlust vorhanden ist, kann dies die Jugendlichen daran hindern, ihre Persönlichkeit frei zu entwickeln. Wer das Gefühl hat, zwischen den widersprüchlichen Anforderungen der Herkunftskultur und der Kultur des aktuellen Lebensraums zerrieben zu werden, kann sich orientierungslos fühlen, auch wenn das Schulsystem integrativ und das Unterstützungsangebot breit ist. Gerade in Zeiten emotionaler Verletzlichkeit und bei unsicheren Rahmenbedingungen entstehen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen empfundene Sinnlosigkeit und ein mangelndes Selbstwertgefühl. In diesen Zeiten sind junge Menschen deutlich empfänglicher für radikale Ideen, die ihnen einen vermeintlichen Lebenssinn und -inhalt versprechen und eine vermeintlich gute Erklärung für ihre eigene Situation liefern. Die Ursachen für die eigene Situation werden im Aussen und in der Gesellschaft gesucht, es entsteht eine Dualität des «Wir» gegen «Die». Erfolgreiche Prävention bietet Unterstützung bei der Identitätsbildung und Entwicklung eigener Werte und Haltungen. Sie stärkt die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Wertesystemen und zeigt auf, wie einschränkende, ausgrenzende oder gewalttätige Aspekte jeder Kultur abgelehnt werden können. Diese Auseinandersetzung ist wichtig, damit die Jugendlichen und jungen Erwachsenen persönliche und berufliche Perspektiven überhaupt erkennen und nutzen können.

1.1 Massnahmen zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit bei jungen Menschen

Basel-Stadt hat sich entschieden, dass alle Kinder und Jugendlichen, auch jene mit besonderen Lernvoraussetzungen, die integrative Volksschule besuchen können und, wenn immer möglich, gemeinsam den Unterricht in einer Regelklasse besuchen. Die Volksschule hat hierbei den Auftrag, allen Kindern eine solide Grundbildung zu ermöglichen, unabhängig von ihrer sozialen Situation oder ihrer Herkunft. Das Basler Bildungs- und Schulsystem bietet somit eine hohe Chancengerechtigkeit, die eine persönliche sowie schulische Entwicklung für alle ermöglicht. Zahlreiche Unterstützungsangebote wie beispielsweise die heilpädagogischen Begleitungen oder die Begleitung durch

die Schulsozialarbeitenden fördern spezifisch auch sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler sowie auch diejenigen mit besonderem Unterstützungsbedarf bei Lernschwächen.

Es gibt zudem zahlreiche besondere Angebote für fremdsprachige Schülerinnen und Schüler. Dazu gehören die Angebote «Deutsch als Fremdsprache», «Deutschkurse für Eltern», «Übersetzungen für Elternabende und Standortgespräche», «Unterricht in Heimatlicher Sprache und Kultur, HSK», und «Deutsch lernen im Jahr vor dem Kindergarten».

Unterstützung erhalten Schülerinnen und Schüler, aber auch die Eltern, zudem durch ein gut etabliertes System der Schulsozialarbeit. An allen Schulstandorten gibt es einen Schulsozialarbeiter oder eine Schulsozialarbeiterin, die im Schulhaus ihr Büro haben. An diese Person können sich Kinder und Jugendliche wenden, wenn sie privat oder in der Schule Konflikte haben. Der Zugang ist einfach und niederschwellig und steht auch Eltern offen. Die Beratung ist unentgeltlich und unterliegt einer beruflichen Schweigepflicht. Als besonderes Angebot ist auch das Projekt der «Brückenbauerinnen» zu nennen. Hier werden in einem gemeinsamen Projekt vom Erziehungsdepartement, Präsidialdepartement und Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt sowie mit Unterstützung der Christoph Merian Stiftung spezifisch ausgebildete interkulturelle Vermittelnde eingesetzt, um fremdsprachige Familien bei Fragen rund um die Schulbildung ihrer Kinder zu unterstützen.

Komplettiert wird das Angebot durch den Schulpsychologischen Dienst, die Kriseninterventionsstelle und den Kinder- und Jugenddienst. Gemeinsam ist allen diesen Angeboten das Ziel, Kinder und Jugendliche zu stärken, sie auf ihrem Weg in die Selbständigkeit zu unterstützen und ihnen die bestmöglichen Voraussetzungen für ihren Bildungserfolg zu bieten.

Der Fokus liegt immer darauf, zu verhindern, dass Jugendliche ohne Berufsperspektiven in die Erwachsenenwelt übertreten und so in eine Abwärtsspirale geraten, die in Resignation und Sozialhilfebedürftigkeit oder auch in Delinquenz und Radikalisierung münden kann. Deshalb wurde das klassische Schulsystem mit dem Berufsbildungssystem im Rahmen der kantonalen Strategie zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit deutlich ergänzt. Neben den Berufsfachschulen bestehen nun zahlreiche Bildungsangebote zur Integration von jungen Menschen in den Arbeitsmarkt. Diverse Beratungsstellen unterstützen Jugendliche und junge Erwachsene bei ihrer Suche nach der passenden Lehrstelle.

Besonders zu nennen sind hier zahlreiche und unterschiedliche Wege der Nachholbildung, spezifische Massnahmen zur erhöhten Beteiligung spätingereister junger Migrantinnen und Migranten, die u.a. im Projekt «Gap, Case Management Berufsbildung» des Erziehungsdepartements zum Tragen kommen. Auch das auf ältere Personen ab 30 Jahren ausgerichtete Projekt «Enter» zielt auf den Transfer von Menschen von der Sozialhilfe in das Bildungssystem und die Arbeitswelt. Bei beiden Projekten gibt es Unterstützung und Begleitung bis hin zum erfolgreichen Berufsabschluss und dem Einstieg in das Arbeitsleben. Beide Projekte wirken zudem nicht nur auf die direkt Betroffenen, sondern indirekt auch auf die gesamte Familie. Ältere Geschwister bekommen so eine Vorbildfunktion für jüngere Familienmitglieder.

1.2 Umsetzung einer umfassenden niederschwelligen Jugendarbeit

Jugendarbeit umfasst ein breites Feld, in dem sie präventiv wirkt, sei es die Jugendarbeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften, die Jugendarbeit von Sport- und Kulturvereinen oder die Jugendorganisationen politischer Parteien und Gemeinschaften. Alle Aktivitäten der niederschwelligen Jugendarbeit stärken die Kompetenzen junger Menschen, sich in der Gesellschaft selbstverantwortlich zurecht zu finden. Sie geben Halt und helfen bei möglichen persönlichen Herausforderungen, die gerade auch gefährdete Jugendliche in ihrem Leben meistern müssen.

Eine breit angelegte Jugendarbeit bietet Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Kanton Basel-Stadt umfassende Möglichkeiten, sich und ihr Potential zu entwickeln, mit Gleichaltrigen zusammenzukommen, aber auch in schwierigen persönlichen Situationen Unterstützung zu erhalten. Grundsätzlich richten sich die Angebote der Jugendarbeit in Jugendzentren, Beratungsstellen, Frei-

zeiteinrichtungen und bei der mobilen Jugendarbeit an junge Menschen im Alter von 12 bis 25 Jahren. Der Verein Jugendarbeit Basel (JuAr) beschäftigt hierfür etwa 70 Festangestellte und 50 frei-schaffende Personen an fixen Einsatzorten. Der Verein Mobile Jugendarbeit Basel ist im Bereich aufsuchende Jugendarbeit, in der Arbeit mit Peer Groups sowie in der Beratung und Gemeinwe-senarbeit tätig und ist seit 2011 auch in der Online-Jugendarbeit aktiv. Beide Vereine weisen eine hohe interkulturelle Kompetenz auf, was sie für die im Anzug angesprochene Thematik prädesti-niert.

Eine Herausforderung bleibt jedoch immer der spezifische Umgang mit Jugendlichen, oft Mädchen, die in ihrer Bewegungsfreiheit eingegrenzt werden. Auch für junge Männer, die sich für die Einhal-tung von Regeln aus einer patriarchalisch geprägten Kultur verantwortlich fühlen, braucht es eine sehr sensible und spezifische Art der Herangehensweise, um diese jungen Menschen überhaupt zu erreichen. Erst in einem zweiten Schritt kann die Auseinandersetzung mit diesen kulturellen und/oder religiösen Mustern überhaupt stattfinden.

1.3 Vermeidung von Diskriminierungserfahrungen

Wichtig für eine aktive Radikalisierungsprävention ist auch der Aspekt des Diskriminierungsschut-zes, so dass Diskriminierungserfahrungen möglichst vermieden werden oder diese negativen Er-fahrungen zumindest konstruktiv bewältigt werden können. Hier geht es vor allem auch darum, jungen Menschen zu zeigen, dass sie selbst aktiv werden können und nicht «ausgeliefert» sind. Eine wichtige Rolle spielt hierbei gerade auch die Diskriminierung im Internet und den sozialen Medien. Im Rahmen des Kantonalen Integrationsprogramms (KIP) werden verschiedene Projekte im Bereich des Diskriminierungsschutzes unterstützt. Es handelt sich beispielsweise um die An-laufstelle «Stopp Rassismus», die gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft finanziert wird und die sich seit langem bei der Unterstützung und Bewältigung von Diskriminierungsfällen enga-giert und auch eine Informations- und Sensibilisierungsarbeit an Schulen und in Vereinen anbietet. Weitere Projekte wie die «Ausbildung von Schlüsselpersonen gegen Diskriminierungserfahrun-gen» und der Verein «Netz-Courage» mit seiner «Netz-Ambulanz» werden gemeinsam mit der eidgenössischen Fachstelle für Rassismusbekämpfung unterstützt und stehen Betroffenen nied-erschwellig zur Verfügung.

1.4 Koordination bei religiösen Fragestellungen

Bei spezifischen religiösen Fragestellungen gibt es mit der Koordinationsstelle für Religionsfragen in der Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung im Präsidialdepartement eine Ansprechperson im Kanton. Neu wird auch die bereits bestehende Plattform INFOREL, welche wissenschaftlich fundierte und neutrale Informationen zu Religionsgemeinschaften in der Nordwestschweiz anbietet, im Rahmen eines Projekts, das aus Mitteln des «Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Ra-dikalisierung und gewalttätigem Extremismus» mitfinanziert wird, ausgebaut und überarbeitet. Künftig bietet die Plattform leicht zugängliche Informationen sowie Informationsmaterialien für Schulen und die Bevölkerung (geplanter Projektabschluss Ende 2021).

1.5 Präventionsangebote der Kantonspolizei Basel-Stadt

Sowohl die «Prävention gegen Gewalt» als auch die «Jugend- und Präventionspolizei» der Kan-tonspolizei Basel-Stadt sind an den Schulen tätig und mit diversen Präventionsangeboten zu ge-waltspezifischen Thematiken, zur Identitätsstärkung, zu Mobbing als auch zu Gefahren im Umgang mit den Sozialen Medien im Einsatz.

1.6 Anlaufstelle Radikalisierung

Die kantonale «Interdepartementale Strategiegruppe Extremismus und Radikalisierung» (ISER – ehemals Task-Force Radikalisierung) sowie einzelne Departemente haben im Rahmen des «Nationalen Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttägigem Extremismus» nicht nur eine Bestandsaufnahme für den Kanton Basel-Stadt erstellt, sondern auch einzelne Massnahmen auf kantonaler Ebene sowie im Rahmen des Impulsprogramms des Bundes realisiert. Basel-Stadt betreibt seit 2016 die «Anlaufstelle Radikalisierung» (AR), welche der Bevölkerung und Verwaltung bei Fragen zur Verfügung steht. Sie fungiert einerseits als Anlauf- und Beratungsstelle und übernimmt gegebenenfalls nach einer Erstabklärung bei Kontaktaufnahme auch eine Triagefunktion zwischen den verschiedenen kantonalen Stellen. Bei einer Meldung oder einer Kontaktaufnahme erfolgt von Psychologinnen und Gewaltberatern eine anonyme Situationsanalyse mittels standardisiertem Fragebogen zur Einschätzung von Radikalisierungsfällen. Dieses Angebot wird durch die «Prävention gegen Gewalt» der Kantonspolizei betrieben und in den Schulen, der Verwaltung und bei Partnern aus dem Sozialwesen vorgestellt. Auch werden regelmässig Schulungen zur Sensibilisierung zu Radikalisierungsprozessen durchgeführt und deren Wirkmechanismen sowie mögliche Schutz- und Risikofaktoren erläutert.

2. Interkulturelle Sozialarbeit im Kanton Basel-Stadt

Lehrerkollegien, Ausbilderinnen und Ausbilder der Berufsbildung sowie die Sozialarbeitenden in der Schulsozialarbeit und der Jugendarbeit sind aufgrund ihrer Ausbildung und täglichen Erfahrung vertraut mit Fragen der Vielfalt und der Interkulturalität. Der Erwerb und die Erweiterung von interkultureller Kompetenz und Vermittlungsfähigkeiten ist ein wichtiger Teil der Ausbildung von Sozialarbeitenden. Da zudem Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter oft einen eigenen Migrationshintergrund besitzen, sind sie in der Regel gut gerüstet, einen leichten Zugang zu Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund und ihrer Lebenswelt zu finden.

Für Sozialarbeitende in der Jugend- und Quartierarbeit wurden von der Koordinationsstelle für Religionsfragen (PD) und der Anlaufstelle Radikalisierung (JSD) Workshops zum Umgang mit Radikalisierung angeboten und durchgeführt. Zudem haben diese auch selbst Expertinnen und Experten eingeladen, um ihre Kompetenz im spezifischen Thema der religiös begründeten Radikalisierung zu erhöhen.

Dennoch kann festgestellt werden, dass in der spezifischen Fragestellung, die der Anzug thematisiert, noch Handlungsbedarf besteht, wenn es um jene Lebensbereiche – insbesondere junger Erwachsener – geht, die nicht (mehr) von der Reichweite kantonalen Akteurinnen und Akteure aus dem Bildungsbereich abgedeckt werden. Der Kanton Basel-Stadt kann zwar auf ein Netz an Angeboten und ausgebildeten Fachleuten zurückgreifen, dieses kommt aber häufig erst zum Tragen, wenn sich Probleme (Integrationsschwierigkeiten, Diskriminierung, Radikalisierung etc.) bereits ausgebildet haben. Konkret gibt es in Basel-Stadt keine interkulturellen Sozialarbeitenden, die zielgerichtet mit den jeweiligen kulturellen Communities in Kontakt treten und diese – losgelöst von potentiellen Problemfeldern – zur Stärkung der Kompetenzen im Austausch mit der Ankunftsellschaft unterstützen und befähigen. So wird die vertiefte Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Wertesystemen sowie mit impliziten oder expliziten Vorurteilen gegenüber der «eigenen» oder «anderen» Kultur innerhalb eines grösseren Netzwerks bislang noch nicht gezielt und systematisch gefördert. Dieser Raum für «kritisches Denken und Hinterfragen», wie es die Anzugstellenden fordern, existiert so noch nicht. Es ist aber auch nach heutigem Stand nicht einfach zu beurteilen, ob diese Aufgabe von bestehenden Akteurinnen und Akteuren oder einem neuen Anbieter übernommen werden sollte.

Der Verein Mobile Jugendarbeit arbeitet beispielsweise nach dem Grundsatz der akzeptierenden Haltung, was bedeutet, dass individuelle Vorstellungen, Lebensentwürfe und Strategien der Jugendlichen als gegeben akzeptiert und angenommen werden. Dieser Grundsatz ist sehr wichtig und wertvoll für die Arbeit mit Jugendlichen, wäre aber – je nach Auslegung – mit der oben beschriebenen Aufgabe schwer vereinbar.

In welcher Form also eine Vernetzung durch spezifisch geschulte interkulturelle Sozialarbeit in Basel-Stadt aufgebaut werden soll, muss noch vertieft geprüft werden. Der Regierungsrat schlägt vor, diese Frage anhand von Erkenntnissen aus projektbezogener Arbeit zu einem späteren Zeitpunkt zu beurteilen.

2.1 Projekt BStoP – Basler Stadtteile ohne Partnergewalt

Die Kantonspolizei plant, das Präventionsprojekt «Basler Stadtteile ohne Partnergewalt» (BStoP) umzusetzen. Ziel ist es, Gewaltbetroffene und deren soziale Netzwerke auf lokaler Ebene so zu stärken, dass Partnergewalt nicht mehr verschwiegen und geduldet wird. Dafür sollen Zivilgesellschaft, Quartierorganisationen, Kantonspolizei, und Migrantenvvereine zusammenarbeiten. Die transkulturelle Kompetenz und die Auseinandersetzung mit eigenen Wertvorstellungen werden eine zentrale Rolle bei der kritischen Reflektion eigener Verhaltensmuster spielen. Die Kantonspolizei prüft innerhalb der nächsten drei Jahre, ob die für diesen Prozess notwendigen Kooperationen zwischen den verschiedenen Akteuren etabliert werden können. Der Regierungsrat sieht vor, dass die Erkenntnisse in Bezug auf die interkulturelle Sozialarbeit für eine vertiefte Beantwortung des vorliegenden Anzugs genutzt werden.

2.2 Projekt HEROES¹

Der Regierungsrat erachtet den Ansatz des Projekts «HEROES» als vielversprechend. Das Ziel von HEROES ist es, «Jugendlichen aller Geschlechter, (insbesondere) aus ehrkulturellen Milieus, Freiräume zu schaffen, in denen sie mithilfe intensiver pädagogischer Begleitung durch die Entwicklung eigener Werte und Haltungen in ihrer Persönlichkeits- und Identitätsbildung unterstützt werden. Darüber hinaus fördert die intensive Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Wertensystemen und (Macht-)Strukturen vielfältige Kompetenzen, die für eine aktive Teilnahme an demokratischen Prozessen unabdingbar sind und dazu beitragen, ein gleichberechtigtes gesellschaftliches Miteinander unabhängig von Geschlecht, kulturellem Hintergrund, religiöser Zugehörigkeit oder sexueller Orientierung zu ermöglichen.» Es setzt bei der Auseinandersetzung der Geschlechteridentität an und verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz. HEROES kommt bereits in anderen Städten, insbesondere in Deutschland, erfolgreich zur Anwendung. Der Regierungsrat prüft unter der Federführung des JSD, ob dieses Projekt departementsübergreifend und in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen in Basel-Stadt umgesetzt werden kann, so dass die Erkenntnisse der besseren Vernetzung interkultureller Sozialarbeit dienen können.

3. Fazit

Im Kanton Basel-Stadt sind vielfältige Angebote und Massnahmen der Präventionsarbeit sowie der interkulturellen und interreligiösen Arbeit gut etabliert. Diese können zur Prävention von Radikalisierung beitragen. Verwaltung und Partnerorganisationen sind sich bewusst, dass Radikalisierungsprozesse sehr komplex sind und sich oft unbemerkt entwickeln können. Aus diesem Grund besteht grundsätzlich eine grosse Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Ob und wie das bestehende Angebot besser vernetzt oder ergänzt werden soll, kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschliessend beurteilt werden. Es sollen zunächst Erkenntnisse aus zwei neuen Projekten genutzt werden, um diese Frage zu einem späteren Zeitpunkt zu beurteilen.

¹ Link: www.heroes-net.de

4. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir, den Anzug Edibe Gölgeli betreffend «interkulturelle Sozialarbeit zur Prävention von Radikalisierung» stehen zu lassen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Beat Jans
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin